



Das Maßnahmenpaket der Landesregierung zur Eindämmung des Corona-Virus beinhaltet unter anderem folgende Eckpunkte:

- Grundschulen und weiterführende Schulen: Die Schulen in Nordrhein-Westfalen werden durch das Vorziehen des Beginns der Osterferien ab sofort ab Montag bis zum 19. April 2020 geschlossen. Die Schulen werden aber am Montag und Dienstag für eine Betreuung von nicht betreuten Schülerinnen und Schülern sorgen. In den weiterführenden Schulen wird für die aktuellen Abschlussjahrgänge sichergestellt, dass geplante nötige Prüfungen abgelegt werden können.
- Kinderbetreuung: Ab Montag dürfen Kinder im Alter bis zur Einschulung keine Kindertageseinrichtung, Kindertagespflegestelle, Heilpädagogische Kindertageseinrichtungen oder „Kinderbetreuung in besonderen Fällen“ betreten. Die Eltern sind verpflichtet, ihre Aufgabe zur Erziehung der Kinder wahrzunehmen. Sie haben dafür Sorge zu tragen, dass ihre Kinder die Kindertagesbetreuungsangebote nicht nutzen.

Allerdings müssen weitere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder vorgesehen werden:

- für Ärztinnen und Ärzte, Pflegepersonal und weiteres Personal, das notwendig ist, um intensivpflichtige Menschen zu behandeln,
- für Eltern, die in Bereichen der öffentlichen Ordnung oder anderer wichtiger Infrastruktur arbeiten.

Die Landesregierung stimmt sich bei der Schließung der Kindertagesbetreuungseinrichtungen eng mit den Trägern und kommunalen Spitzenverbänden ab.



Die Schulen und Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen schließen ab Montag, 16.03.2020, bis zum Beginn der anschließenden Osterferien.

Oberbergischer Kreis. Vor dem Hintergrund der aktuellen Coronavirus-Pandemie schließt die Landesregierung alle Schulen und Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen ab dem 16.03.2020 bis zum Beginn der anschließenden Osterferien (Montag, 06.04.2020). Die Schulpflicht wird bis dahin aufgehoben.

Der Krisenstab des Oberbergischen Kreises wird über die daraus abzuleitenden Maßnahmen für das Kreisgebiet entscheiden. „Wir werden in enger Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen entsprechende Lösungen finden“, sagt Landrat Jochen Hagt.